



NIEDERSCHRIFT

6. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr der Stadt Weiterstadt

Legislaturperiode IX 2011/2016

am	5. Dezember 2011
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20:10 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Hofmann, Heike
Jahns, Manfred
Koch, Alexander
Stein, Reinhold

CDU-Fraktion

Jacobi, Gerhard
Köhler, Lutz

ALW-Fraktion

Amend, Heinz Günther
Wächter, Gunter

FWW-Fraktion

Moczygemba, Eugen

Präsidium

Stadtverordnetenversammlung

Fischer, Wilhelm

Magistrat

Bormet, Helmut
Höll, Herbert
Mager, Philipp
Möller, Ralf

Olbricht, Monika
Reitz-Gottschall, Angelika
Rohrbach, Peter
Röhrig, Reinhold
Spätling-Slomka, Dorothea
Thalheimer, Werner
Zeller, Gerhard

Ausländerbeirat

Pittaro, Antonio

Seniorenbeirat

Fischer, Willi

Behindertenbeauftragter

Baron, Norbert

Schriftführer

Latocha, Georg

Verwaltung

Merlau, Jürgen
Tillmann, Rainer
Wigand, Klaus

Presse

Darmstädter Echo: Wickel, Marc

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr, Gunter Wächter, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 07.11.2011	
2. Erweiterung des Schulhofes der Carl-Ulrich-Schule, Antrag der CDU-Fraktion	IX/0169
2.1. Erweiterung des Schulhofes der Carl-Ulrich-Schule; Städtebauliches Raumkonzept, hier Freiflächenplanung	IX/0169/1
3. Entwicklung eines Weiterstädter Rundweges, Antrag der SPD-Fraktion, seitherige Drucksache VIII/1011	IX/0206/1
4. Bebauungsplan "20. Änderung Darmstädter Straße", Gemarkung Weiterstadt (Dallesbebauung) Aufstellungs- und Offenlagebeschluss	IX/0224/1

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 07.11.2011

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 07.11.2011 werden nicht erhoben. Sie ist somit rechtskräftig.

Tagesordnungspunkt 2

Erweiterung des Schulhofes der Carl-Ulrich-Schule, Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache: IX/0169

Tagesordnungspunkt 2.1

Erweiterung des Schulhofes der Carl-Ulrich-Schule; Städtebauliches Raumkonzept, hier Freiflächenplanung

Drucksache: IX/0169/1

Der Antragsteller erläutert den Antrag, der kurzfristig eine Lösung bringen soll.

Alle Fraktionen geben Stellungnahmen ab.

Es wird eine generelle mittel- bis langfristige Erweiterung des Schulgeländes durch Erwerb von Nachbargrundstücken angeregt.

Zu dem Tagesordnungspunkt ist der Schulleiter der Carl-Ulrich-Schule Herr Rothkirch eingeladen und erhält Rederecht. Herr Rothkirch stellt die Raumnot der Schule aufgrund der Entwicklung zur Ganztagschule und der gegenwärtig hohen Zahl von 408 Schülern dar.

Bürgermeister Rohrbach stellt die momentane Schülerzahl sowohl in einen historischen, als auch in einen prognostizierten zukünftigen Zusammenhang. Die Zahl wird aufgrund der demografischen Entwicklung, ohne die Ausweisung von neuen Baugebieten in der Kernstadt, voraussichtlich kontinuierlich zurückgehen. Gleichwohl bietet die Stadt weiterhin die Mithilfe bei Grundstücksverhandlungen zwischen dem Schulträger und der Nachbarschaft an.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag verbleibt im Ausschuss.

Folgender Prüfauftrag ergeht an die Verwaltung:

- Rückfrage beim Schulträger, ob der Container auf dem Schulhof nicht abgebaut werden kann.
- Die Verwaltung soll prüfen, ob ein „versetzbarer Zaun“ errichtet werden kann, der bei Bedarf kurzfristig entfernbar ist.
- Es sollen Gespräche mit dem Schulträger über eine Lösung durch Grundstücksankäufe an anderer Stelle der Schulhofnachbarschaft geführt werden.
- Es soll beim Schulträger nachgefragt werden, ob das Problem nicht durch die Entfernung des bestehenden Zaunes zum Platz Verneuil sur Seine entschärft werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Entwicklung eines Weiterstädter Rundweges, Antrag der SPD-Fraktion, seitherige Drucksache VIII/1011

Drucksache: IX/0206/1

Bürgermeister Rohrbach dankt den an der Ausarbeitung des Weiterstädter Rundweges beteiligten Wanderabteilungen und dem Wandervereinen für die gute Zusammenarbeit mit der Stadt und untereinander.

Die an der Ausarbeitung beteiligten Vertreter der Wanderabteilungen und des Wandervereins sind bei der Sitzung anwesend und stellen die Konzeption des Rundweges vor. Die Umsetzung

der Idee, das Kleeblatt als Logo der Stadt als viergliedrigen Rundwanderweg aufzunehmen, bringt es mit sich, dass der Weg nicht durch die Ortsteile sondern an der Gemarkungsgrenze entlangführt. Von allen Ortsteilen gibt es aber markierte Zuwegungen von den Start-Zielpunkten zum Gesamtrundweg. Der insgesamt ca. 30 km lange Weg, der in vier separat begehbbare Teilwege gegliedert ist, führt an allen außerhalb liegenden Sehenswürdigkeiten vorbei.

Auf Nachfrage des Behindertenbeauftragten Herrn Baron, wird mitgeteilt, dass der Weg nicht als barrierefrei gelten kann. Es ist aber möglich, in den zukünftigen Infomaterialien die Wegequalität (entsprechend wie bei Wander- und Radwegekarten) unter dem Aspekt der Eignung für die Benutzung durch Behinderte darzustellen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Das Konzept „Weiterstädter Rundweg“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Tagesordnungspunkt 4
Bebauungsplan "20. Änderung Darmstädter Straße", Gemarkung Weiterstadt
(Dallesbebauung)
Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Drucksache: IX/0224/1

Herr Wigand stellt das Bebauungskonzept und den daraus entwickelten Bebauungsplanentwurf in einer Powerpoint-Präsentation vor.

Es gibt Nachfragen zur maximalen Höhe der Bebauung im Bezug zur Höhe der benachbarten Kirche.

Es wird darauf hingewiesen, dass die bereits beschlossene Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung an der konkreten Fassaden- und Freiraumgestaltung zeitnah durchgeführt werden soll bzw. im Grundstücksvertrag ein zivilrechtlicher Zustimmungsvorbehalt zur Fassaden- und Freiraumgestaltung festgeschrieben werden muss.

Bürgermeister Rohrbach sagt zu, dass die Fassaden- und Freiraumgestaltung vor dem Grundstücksgeschäft der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wird. Darüber hinaus wird geprüft, wie die Gestaltungsvorgaben rechtlich verbindlich an den Investor weitergegeben werden können. Insgesamt muss dabei jedoch die Finanzierbarkeit und die Terminlage bei der Beantragung von Fördermitteln beim Ministerium berücksichtigt werden.

Es besteht Einigkeit, dass Gestaltungsfestsetzungen nicht in den Bebauungsplan aufgenommen werden sollen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Der Aufstellung einer Bebauungsplanänderung „20. Änderung Darmstädter Straße“, Gemarkung Weiterstadt zum Zwecke der planungsrechtlichen Sicherung der durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Bebauung mit „Seniorengerechtem Wohnen“ wird nach § 2 (1) BauGB zugestimmt. Da der Bebauungsplan der Innenentwicklung dient und die Voraussetzungen des § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) gegeben sind,

erfolgt die Bebauungsplanaufstellung nach den Vorschriften des „beschleunigten Verfahrens“ gemäß § 13 a BauGB.

2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes „20. Änderung Darmstädter Straße“ umfasst die Grundstücke der Gemarkung Weiterstadt Flur 2, Flurstücke Nr. 258/3, 259, 260, 261/1, 262 sowie 643/1.
3. Der Entwurf zur Bebauungsplanänderung „20. Änderung Darmstädter Straße“ vom November 2011 einschließlich Begründung (Anlage 1 dieser Vorlage) wird als Auslegungsentwurf nach § 3 (2) BauGB anerkannt und ist für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
4. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabengebiet durch die Planung berührt werden kann, sind gemäß § 4 (2) BauGB gleichzeitig mit der Offenlage, mit Monatsfristsetzung, am Verfahren zu beteiligen.
5. Der Magistrat wird beauftragt, den Offenlagebeschluss ortsüblich bekannt zu machen, sowie weitere Verfahrensschritte gem. BauGB vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Gunter Wächter
stellv. Vorsitzender

Georg Latocha
Schriftführer